



Joshua Frey

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg



Joshua Frey, MdL, Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

## PRESSEMITTEILUNG

Pressemitteilung vom Mittwoch, 21. November 2018

### **Joshua Frey MdL begrüßt gefundene Lösungen für den Umstieg für Flüchtlinge am Badischen Bahnhof**

Wie in der Presse zu erfahren war, gibt es offensichtlich seit gestern eine operative Dienstvereinbarung zwischen dem Schweizerischen Grenzkorps und der Bundespolizei, welche nun Geflüchteten den Umstieg am Basel Badischen Bahnhof ohne Risiko ermöglicht.

„Es freut mich, dass endlich eine Lösung gefunden ist. Die bisherige Handhabung, auf die das Bundesinnenministerium in einer Antwort auf mein Schreiben im November 2017 noch bestanden hatte, war einfach zu weit weg von unserer Lebensrealität hier im Dreiländereck“, so der Grüne Landtagsabgeordnete Joshua Frey. Es sei gut, dass nach dem langen Prozess nun Geflüchtete, hier in der Region übliche und notwendige Wege – z.B. Arbeitswege oder Wege zu Sprachkursen – ohne Furcht vor aufenthaltsrechtliche Konsequenzen nutzen können. Er rechne damit, dass die Bundespolizei und die Schweizerische Grenzschutzstelle diese Dienstvereinbarung in den kommenden Tagen seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommunizieren werden.

„Die Langwierigkeit des Prozesses hat sicherlich auch damit zu tun, dass das Thema lange nicht auf der politischen Agenda des Innenministeriums in Berlin stand“, kritisiert Joshua Frey. Dies wurde z.B. auch daran deutlich, dass eine Rückfrage nach den laufenden Prozessen der Grünen Bundestagsabgeordneten Kerstin Andreae an Innenminister Seehofer im Juli, welche sich bei einem gemeinsamen Besuch mit Joshua Frey bei der Bundespolizei darüber erkundigt hatte, nie beantwortet wurde.

Diese Lösung wurde in einer internen Arbeitsgruppe mit Akteuren vor Ort erarbeitet. Joshua Frey ist dennoch überzeugt: „Es war wichtig und richtig das Thema politisch auf die Agenda zu setzen, neben dem internen Lösungsprozess.“ Dank Hinweisen von Flüchtlingshelferinnen und -helfern vor Ort im November 2017 sei ihm dieses Problem erst bewusst geworden. Daraufhin konnte er als damaliger Präsident des Oberrheinrates mit einem Schreiben ans Innenministerium reagieren. „Mit einer Resolution im Oberrheinrat im Juni 2018 hat die Region am Oberrhein zudem grenzüberschreitend gezeigt, dass ihr eine lebensnahe und gerechte Lösung wichtig ist“, ergänzt der Landtagsabgeordnete.